

DGS – Deutsche Gesellschaft für Suchtmedizin

Presseerklärung zum Beschluss der Regierungskoalition, die Behandlung von Opiatabhängigen mit Diazetylmorphin (Heroin) nicht in die Regelversorgung einzuführen.

Berlin/Hamburg, 24.11.06. Die Deutsche Gesellschaft für Suchtmedizin (DGS) hat mit Entsetzen zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Parteien der Regierungskoalition in Berlin beschlossen haben, Diazetylmorphin (Heroin) nicht in die Regelversorgung von Opiatabhängigen einzuführen.

Die bundesweite Studie unter Beteiligung von sieben Großstädten hat bewiesen, dass für die kleine Gruppe der Schwerstabhängigen Diazetylmorphin (DAM) deutliche Vorteile gegenüber der zugelassenen Substanz Methadon hat. Dies in Abrede stellen zu wollen, entbehrt jeder wissenschaftlichen Grundlage.

Die Beobachtungen in der Schweiz und in den Niederlanden zeigen überdies, dass im Rahmen eines Gesamtkonzeptes, das präventive, repressive, schadensmindernde und therapeutische Ansätze verbindet, wozu eben auch die legale Verordnung von DAM gehört, die Ausbreitung der Heroinabhängigkeit gestoppt werden kann. Deutlich wird dies am zunehmenden Durchschnittsalter der Opiatabhängigen in diesen Nachbarländern, wo die Zahl der Neukonsumenten dramatisch zurückgegangen ist.

Schließlich zeigen sämtliche Berechnungen, dass die Verordnung von Diazetylmorphin für die Gruppe der Schwerstabhängigen die gesamtgesellschaftlichen Kosten der Heroinabhängigkeit zu senken hilft (siehe auch: Deutsches Ärzteblatt vom 17.11.06, URL am Ende dieser PM).

Die Regierungskoalition stellt sich mit ihrem Beschluss gegen die Mehrheit der bundesdeutschen Polizeipräsidenten, gegen die Bundesärztekammer, gegen die Magistrate der an der Studie beteiligten Städte und gegen die Mehrheit der bundesdeutschen Suchtexperten.

Zu einem Zeitpunkt, da Heroin aus Afghanistan europaweit für ein Überangebot sorgt und die Preise auf dem Schwarzmarkt deutlich fallen, ist die Verhinderung einer Behandlung mit Diazetylmorphin das völlig falsche Signal und dokumentiert ein mangelhaft durchdachtes drogenpolitisches Gesamtkonzept.

Die DGS fordert die Parteien der Regierungskoalition auf, diesen Beschluss zu überdenken: Im Interesse der Patienten, der beteiligten Großstädte und einer zukunftsweisenden Drogenpolitik.

Kontakt:

Jörg Götz, Vorsitzender der DGS: 0172 - 38 44 705

Klaus Behrendt, Stellvertretender Vorsitzender der DGS: 0173 - 23 56 324

Siehe auch:

<http://www.heroinstudie.de>

<http://www.dgsuchtmedizin.de/aktuelles/index.html> : Stellungnahme der DGS zum bundesdeutschen Modellprojekt zur heroingestützten Behandlung

Heroinbehandlung von Opiatabhängigen: Die letzte Chance. Bühring, Petra.
Deutsches Ärzteblatt 103, Ausgabe 46 vom 17.11.2006,
<http://www.aerzteblatt.de/v4/archiv/artikel.asp?src=heft&id=53503>

Überangebot drückt Heroinpreise. (Financial Times Deutschland, 24.11.06)
<http://www.ftd.de/politik/international/134891.html?nv=cd-topnews>